

Kreis Rendsburg-Eckernförde

Investition in Sicherheit bei Festen

Stadt will Veranstalter künftig bezuschussen

Von Malte Kühl

NORTORF Die Stadt Nortorf will künftig Veranstaltern von Festen und Events im Stadtgebiet bei den Sicherheitskosten unter die Arme greifen. 12.000 Euro sollen für das kommende Jahr in den Haushalt eingestellt werden. Somit könnten Vereine, Verbände, Organisationen,

„Wenn am Ende ein Gewinn für den Veranstalter bleibt, ist das dann der verdiente Lohn.“

René Raden
Fraktionsvorsitzender CDU

aber auch Einzelpersonen sich eine Veranstaltung pro Jahr mit maximal 75 Prozent der Sicherheitskosten, höchstens jedoch 2.000 Euro aus dem städtischen Haushalt fördern lassen.

„Das Hauptproblem ist, dass in der heutigen Zeit, aus Angst vor Anschlägen, bei

Veranstaltungen mit einer gewissen Personenzahl die Anforderungen an Abspernung und Sicherheitskräfte steigen. Das wiederum führt dazu, dass einige Veranstalter, sowohl Vereine als auch Einzelpersonen, vor diesem Aufwand zurückschrecken“, sagte René Raden, Fraktionsvorsitzender der CDU, die den Antrag stellte. Schon früher habe die Stadt Nortorf 40.000 D-Mark für das Ausrichten der Nortorfer Woche gezahlt.

Als Folge einer angespannten Sicherheitslage durch beispielsweise den Lkw-Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt wurde auch in Schleswig-Holstein eine schärfere Durchsetzung von Sicherheitsmaßnahmen gefordert. Veranstaltungen wie der Marktgeburtstag, Nortorfer Messe oder die Italienische Nacht mussten von Sicherheits- und Sanitätspersonal begleitet werden. Veranstalter kündigten ihren



Sportveranstaltungen des Radsportvereins könnten von der Regelung profitieren.

FOTO: KÜHL

Rückzug an. Der Marktgeburtstag fiel aus.

„Am Ende geht es aber darum, die durch die Sicherheitslage verursachten Zusatzkosten abzufedern und den Veranstaltern ein kleines bisschen mehr Planungssicherheit zu geben. Es bleibt beim unternehmerischen Risiko. Wenn am Ende ein Gewinn für den Veranstalter bleibt, ist das dann der verdiente Lohn seiner Arbeit“, meinte Raden.

„Wir sind grundsätzlich dafür“, sagte SPD-Fraktions-

chef Willi Gronewald. Jedoch müssten alle Vereine und Organisationen profitieren können. Der Antrag sieht vor, dass Parteien keine Förderung für Parteiveranstaltungen bekommen können.

Der Ausschussvorsitzende Michael Friedrich (SPD) machte seinen Einwand deutlich, dass es nicht der Sinn und Zweck einer kommunalen Richtlinie sein könne, gut situierte Vereine oder Einzelpersonen zu fördern. Er regte an, die Zuschüsse an die Vereinsförderung zu kop-

peln. Es müsse festgestellt werden, wer förderwürdig sei.

Manfred Lange (Grüne) sagte hierzu, dass der Finanzausschuss dafür das falsche Gremium sei. Der Ausschuss müsse lediglich das Geld einstellen, die Entscheidungen über die Zuwendung könnten zu einem späteren Zeitpunkt im Sozial- und Kulturausschuss erarbeitet werden.

Der Ausschuss folgte diesem Vorschlag und stellte die Summe in den Haushalt ein.